Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **50 (1958)**

Heft 10

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zeitschriften-Rundschau

Das Sozialwunder blieb aus

Unter diesem Titel veröffentlicht die *Freie Gewerkschaftswelt*, das offizielle Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, einen redaktionellen Artikel über die soziale Situation in Westdeutschland. Nach einem Ueberblick über die verschiedenen Streikbewegungen der letzten Monate schreibt die Zeitschrift zusammenfassend:

«In der Bundesrepublik ist in gewissen Kreisen der Begriff ‚Wirtschaftswunder' zu einem Schlagwort geworden. Seit zehn Jahren warten die Arbeitnehmer nunmehr vergebens auf das versprochene *Sozialwunder*. Sie wissen, daß ihnen nichts in den Schoß fällt und spüren nun, daß sich die Sozialfronten immer mehr versteifen. Die sozialpolitischen Verbesserungen auf Betriebsebene durch Tarifverhandlungen treffen auf ebenso viele Hindernisse wie die auf dem Gesetzeswege angestrebten. Noch immer sind in der Bundesrepublik Besitz und Macht ungerecht und ungleich verteilt. Die von den deutschen Gewerkschaften befürchtete und bekämpfte atomare Aufrüstung der Bundeswehr mit Ausgaben, die jetzt von 10 Milliarden auf zunächst 14, dann vielleicht 18 Milliarden DM erhöht werden sollen, wie das Gewerkschaftsorgan *Welt der Arbeit* mitteilte, wird letzten Endes den *Sozialetat* des Landes gefährden. In solch einer schwierigen Situation können und dürfen die Gewerkschaften als demokratische Organisation innerhalb der Demokratie die gegenwärtig herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von sich aus zwar nicht ändern. Sie müssen aber – und tun es auch unermüdlich – immer wieder als Rufer und Mahner der Arbeitnehmerschaft aktiv werden, um die bestehenden sozialen Errungenschaften zu schützen, und allen Widrigkeiten zum Trotz, um den weiteren sozialen Fortschritt zu ringen.»

Wandlungen der amerikanischen Wirtschaft

Die vom Amt für Arbeitsinformationen in Mehlem herausgegebenen *Internationalen Arbeitsmitteilungen*, die vor allem Auszüge aus der amerikanischen Presse über Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftsprobleme in den USA vermitteln, bringen in ihrer Nr. XI/7 einen sehr lesenswerten Eigenbericht über Fragen der Veränderungen in Industrie und Beschäftigung der USA bis zum Jahre 1965, wie sie sich in der Sicht der AFL-CIO darstellen. Der sehr detaillierte Bericht beleuchtet zunächst das Problem der Beschäftigung, dann den Wandel in einigen charakteristischen Zügen der Wirtschaftsstruktur, danach das wichtige Problem der regionalen Umschichtungen und schließlich die Konsequenzen, die sich aus dieser Entwicklung für die Gewerkschaften ergeben. Dieser letzte Abschnitt referiert über die verschiedenen Vorschläge, die von Theoretikern und Praktikern der amerikanischen Gewerkschaften, insbesondere aus der Forschungsabteilung der AFL-CIO, im letzten halben Jahre gemacht wurden.

Bemerkenswert ist, daß die gewerkschaftlichen Sprecher sehr offen von den *künftigen Schwierigkeiten* reden. So erklärte etwa *Peter Henle* von der Forschungsabteilung der AFL-CIO: «Während der nächsten zehn Jahre werden die amerikanischen Gewerkschaften es auf dem Arbeitsmarkt mit einer ständig zunehmenden Zahl von Arbeitern zu tun haben, die jene Sorgen und Nöte nicht selbst erfahren haben, aus denen heraus die Gewerkschaften traditionsgemäß ihre stärksten Impulse erhalten haben. Und diese Arbeitskräfte werden vor allem in jene Berufe eintreten, die den Gewerkschaften bisher im allgemeinen verschlossen waren.»

Maywood Boggs von der Gewerkschaft der Kesselschmiede fügte hinzu, das Problem werde in jenen Gebieten eine besondere Schärfe annehmen, wo die Arbeiterschaft in relativ geringem Maße gewerkschaftlich organisiert ist, während es in Gebieten, die weitgehend von den Gewerkschaften erfaßt sind, weniger scharf zutage treten dürfte. – Gefordert wurde sodann eine Neugestaltung der Ausbildungs- und

Schulungsprogramme der Gewerkschaften und besonders eine Verbesserung der Lehrlingsausbildung und der Schulung am Arbeitsplatz, um die Arbeiter in die Lage zu versetzen, sich die Fertigkeiten anzueignen, die in Zukunft besonders gefragt sein werden: «Um dieses Problem lösen zu können, müssen Gewerkschaften, Arbeiter, Betriebsführungen, Schulen und Behörden auf allen Ebenen zusammenarbeiten.»

Volkskapitalismus?

Zu der jetzt vieldiskutierten Frage des sogenannten «Volkskapitalismus» veröffentlicht *Der Funktionär*, das in Stuttgart erscheinende Mitteilungsblatt für Funktionäre und Betriebsräte der OeTV, im Mai- und Juniheft ein umfassendes Gutachten aus der Feder von *Adolf Sturmthal*, Professor an der Roosevelt-Universität in Chicago. Das Gutachten, das ein gründliches Studium verdient, kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Idee von billigen «Volksaktien» und eines «Volkskapitalismus» ernste Gefahren birgt, denen die Gewerkschaften mit einer gut begründeten Ablehnung entgegentreten sollten. Als Argument für diese ablehnende Haltung nennt Prof. Sturmthal u. a.:

«Der ‚Volkskapitalismus' ist im wesentlichen nichts anderes als ein großzügiger Versuch, das Staatseigentum in die Hände von Privatleuten zu bringen, womöglich zu einem Schleuderpreis.

Entnazionalisierung wesentlicher Teile des Staatseigentums würde zu einer Schwächung der wirtschaftlichen Kraft des Staates führen. Dafür würden alle, besonders aber die wirtschaftlich Schwachen, die Zeche bezahlen müssen. Zunächst in der Form erhöhter Steuern. Später vielleicht in noch tragischeren Formen, wenn der Staat sich unfähig erweisen sollte, eine wirksame und wirtschaftlich vernünftige und zweckmäßige Politik der Vollbeschäftigung zu betreiben und die Gefahr einer neuen Massenarbeitslosigkeit abzuwehren.

Die Volksaktie ist *kein wirksames Instrument* zur Umgestaltung einer ungerechten in eine gerechte, einer undemokratischen in eine demokratische Gesellschaftsordnung. Die Ungleichheit der Eigentumsverteilung wird nicht durch die größere Sparsamkeit der arbeitenden Massen überwunden werden, ebenso wie sie nicht aus der größeren Sparsamkeit der oberen Klassen entstand. Und so lange die krasse Ungleichheit der Eigentumsverteilung nicht überwunden ist, ist auch eine wahre Demokratie nicht denkbar.»

Ergänzend betont Prof. Sturmthal, es sei notwendig, wirksame Schutzmaßnahmen für die Spargelder des kleinen Mannes (Reserven der Sozialversicherung, kleine Sparguthaben usw.) gegen die Inflation zu finden.

Bessere Ordnung ist nötig

Unter diesem Motto veröffentlicht *Georg Leber* in der in Frankfurt erscheinenden Zeitung der IG Bau-Steine-Erden (*Der Grundstein*, Nr. 18) einen Appell an die Adresse der Baustoffindustrie, aus dem wir einige grundsätzlich wichtige Abschnitte zitieren wollen. Georg Leber, der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, stellt fest:

«Die Möglichkeit zur ungekürzten Fortführung der Produktion im Winter ist in der Baustoffindustrie heute ohne Schwierigkeiten gegeben ... Produktionsseitig bestehen keine Hemmnisse, aber der Absatz fehlt. Die Produkte fließen fast durchwegs auf die Baustellen, und stilliegende Baustellen lösen unausgelastete und brachliegende Baustoffkapazitäten aus. Diese Tatsache verkettet die Bauwirtschaft von der Lehmgrube und dem Steinbruch bis zum Hochbaugewerbe miteinander.

Wir sind zusammen mit anderen einsichtigen Kräften dabei, gegen diesen verfehlten und sinnlosen Ablauf des Baujahres mit der gewohnten Zusammenballung im Sommer und dem Leerlauf im Winter anzukämpfen. Wir ringen um eine Neuordnung der Bauwirtschaft mit einer ganzjährigen ausgeglichenen Vollbeschäftigung.»

Nach detaillierter Darlegung der praktischen Möglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels sagt Georg Leber abschließend:

«Wir sind der Meinung, daß es beim jetzigen Stande bauwirtschaftlicher Unordnung hohe Zeit ist, sich über eine bessere Ordnung klarzuwerden. Es ist nicht zu früh dazu, auch wenn hier und da ein Konzern noch solchen Fragen unzugänglich ist, weil er vielleicht in der Flaute in Exporte und ähnliches ausweichen kann. Das können nicht alle, und niemand weiß, wie lange die wenigen es noch können... Es geht um viel: Um eine bessere Ordnung in der Bauwirtschaft! Deshalb sollten auch alle, die die Zusammenhänge sehen und Verantwortung spüren, bereit sein, sich an der Lösung dieser Probleme zu beteiligen und vor allen Dingen auch Diskussionen darüber nicht mit schlechten Begründungen ausweichen.»

Betriebliche Sozialpolitik in gewerkschaftlicher Sicht

Zu diesem Thema veröffentlicht die in Bochum erscheinende Zeitschrift der deutschen Bergbau-Angestellten *Bergbau-Rundschau* (Nr. 7) eine Betrachtung aus der Feder von *Karl Van Berk* (Bochum). Vor allem um die begriffliche Klärung ist der Verfasser erfolgreich bemüht, wie sich aus den folgenden Formulierungen ergibt:

«Sozialaufwand, der zu dem Zweck betrieben wird, Leistungsfähigkeit und Leistungswillen im und für den Betrieb zu erhalten, ist eine betriebliche Investition, die wir zum Unterschied, weil sie für den Menschen und nicht für die Maschine verwandt wird, als Sozialinvestition bezeichnen. Sie ist betriebsnotwendig und keine freiwillige Sozialleistung.»

Und weiter konstatiert Van Berk: «Kulturelle und damit auch sportliche Anliegen der Menschen sind keine Angelegenheit des Betriebes und deshalb kein Bestandteil der betrieblichen Sozialpolitik. Das sollte den Einrichtungen und Verbänden wie Volkshochschulen, Gesang-, Trachtenvereinen und dergleichen mehr, die ja eigens dafür geschaffen bzw. entstanden sind, überlassen bleiben. Nachdem wir heute im Zeichen des Wirtschaftswunders wirtschaftlich alle anders und besser dastehen, sollten wir die kulturellen Betriebsorganisationen, Sportvereine und Gruppen auflösen und sie in eine Zone bringen, die nichts mit dem Betrieb zu tun hat.»

In dieser «Zone» sollen sich nach der Ansicht des Verfassers Menschen treffen, «die nicht immer den gleichen Beruf haben oder dem gleichen Betrieb angehören». Arbeitsportvereine im früheren Sinne lehnt Van Berk für Deutschland ab: «Wir sollten uns nicht isolieren, sondern auch als Arbeiter und Gewerkschafter in die vorhandenen Institutionen eintreten und ihnen den fortschrittlichen Geist einhauchen, den wir als Gewerkschafter in der Vergangenheit gehabt haben und in die Zukunft weitertragen müssen.» *Dr. Walter Fabian, Zürich.*

«*Gewerkschaftliche Rundschau*», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon 5 56 66, Postcheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 6.—. Einzelhefte Fr. 1.25. Druck: Unionsdruckerei Bern.